

CHRISTIAN BÜSCHGES

Demokratie und Völkermord

Ethnizität im
politischen Raum

DAS POLITISCHE ALS KOMMUNIKATION | 5

Wallstein

Christian Büschges
Demokratie und Völkermord

Das Politische als Kommunikation
Band 5

herausgegeben
von Willibald Steinmetz

Christian Büschges

Demokratie und Völkermord

Ethnizität im politischen Raum

Wallstein Verlag

Inhaltsverzeichnis

I. Politisierung des Ethnischen – Ethnisierung des Politischen	7
II. Der lange Schatten des Imperiums	17
III. Ethnos und Nation	46
IV. Multikulturalismus und Pluriethnizität	69
V. Perspektiven einer De-Ethnisierung des Politischen . .	91
Literaturverzeichnis	101

I. Politisierung des Ethnischen – Ethnisierung des Politischen

Im Laufe des Jahres 1990 fanden in den Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erstmals demokratische Wahlen statt, in denen sich allorts national orientierte Parteien durchsetzten. Die Folge waren nur ein Jahr später die durch Volksabstimmungen legitimierten Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens, Kroatiens, Bosnien-Herzegowinas und Makedoniens, während sich Serbien und Montenegro ein weiteres Jahr später zur Bundesrepublik Jugoslawien zusammenschlossen.

Nach ersten militärischen Konflikten zwischen slowenischen Truppen und der Jugoslawischen Volksarmee im Juni 1991 entbrannte noch im selben Jahr mit dem Einmarsch serbischer Truppen in Kroatien ein bald weite Teile Ex-Jugoslawiens erfassender brutaler Krieg, der bis zu seinem Ende im Jahr 1999 etwa 250.000 Menschen das Leben kostete und in verschiedenen Regionen von »ethnischen Säuberungen« begleitet wurde. Das 2007 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zum Völkermord erklärte Massaker von Srebrenica (1995), bei dem bosnisch-serbische Armee- und Polizeieinheiten rund 8.000 muslimische Bosniaken töteten, ging als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die Geschichte ein.

Bis zum Jahr 2008 zerfiel der ehemalige Vielvölkerstaat Jugoslawien in die Nachfolgestaaten Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Makedonien und Kosovo. Über vier Millionen Menschen mussten seit 1991 ihre angestammte Heimat verlassen, um dem erklär-

ten Ziel vieler Politiker und Kombattanten zu entsprechen, mit der Gründung neuer Nationalstaaten eine Übereinstimmung ethnischer und politischer Grenzen in der Region herzustellen. Bis heute sind diese Grenzen jedoch umstritten.

Im Juni 1990 kam es in weiten Teilen Ecuadors zu mehrtägigen Streiks, Straßensperren und Demonstrationen. Verschiedene ethnische Organisationen forderten dabei für die ›indigene‹ Bevölkerung des südamerikanischen Landes die Anerkennung der kulturellen Identität, die Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Interessen sowie ihre Teilhabe an der nationalen Politik. Die Proteste zielten auf die Umformung eines Nationalstaats, der bis in die 1980er Jahre durch eine Mehrheitsgesellschaft dominiert wurde, deren Mitglieder sich als ›Weiße‹ oder ›Mischlinge‹ (*mestizos*) verstanden. Die in den folgenden Jahren anhaltenden politischen Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Organisationen und den demokratischen Regierungen des Landes, die von weiteren Protesten und Generalstreiks begleitet waren, führten 1998 zur Verabschiedung einer neuen Verfassung, die den ecuadorianischen Staat als »demokratisch, plurikulturell und multiethnisch« definierte.

Bemerkenswert an dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist nicht zuletzt die Tatsache, dass sie ohne bedeutsame Gewaltkonflikte auskam und keine Sezessionsforderungen hervorbrachte. Im Gegenteil: Während der ecuadorianisch-peruanischen Grenzkonflikte der 1990er Jahre beteiligte sich in den betroffenen Gebieten des südlichen Amazonasraums auch die lokale ›indigene‹ Bevölkerung Ecuadors an der militärischen Verteidigung der territorialen Integrität des Nationalstaats.

Die politische Landschaft Ecuadors hat sich seit den 1990er Jahren stark verändert. Heute gibt es zahlreiche zi-

vilgesellschaftliche Organisationen, eine Partei (*Pachakutik*) sowie verschiedene Akteure in staatlichen Ministerien, im Nationalparlament und in Gouverneurs- und Bürgermeisterämtern, die sich auf ihre ›indigenen Wurzeln‹ berufen. Darüber hinaus wurden gemäß der Verfassungsbestimmungen von 1998 und 2008 verschiedene lokale bzw. regionale Autonomiestatuten für staatlich anerkannte ›indigene Gruppen‹ festgelegt. Der Umfang dieser Autonomierechte und die Frage einer Ausweitung solcher Statuten auf die afroecuadorianische Bevölkerung werden jedoch bis heute heftig debattiert.

Die geographische Entfernung und die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Ecuador und dem ehemaligen Jugoslawien könnten kaum größer sein. Beide Fallbeispiele sind jedoch Ausdruck der spätestens in den 1990er Jahren weltweit einsetzenden und bis in die Gegenwart andauernden Konjunktur einer Politisierung des Ethnischen. Der Verweis auf ethnische Unterschiede zwischen Menschengruppen ist ein weit verbreiteter Ausgangspunkt politischer Kommunikation geworden. Die auf ethnische Argumentationsmuster zurückgreifende Legitimation politischer Themen, Akteure und Praktiken hat wiederum zu nachhaltigen Veränderungen im politischen Raum geführt.¹ Diese Ethnisierung des

1 Der hier verwendete Begriff des ›politischen Raums‹ betont die vom SFB 584 der Universität Bielefeld postulierte historische Offenheit und Wandelbarkeit des Politischen. Wer oder was als ›politisch‹ gilt und somit politisiert wird, ist das Ergebnis einer auf gesellschaftliche Breitenwirkung, Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit ausgerichteten Kommunikation. Ebenso kann bestimmten Akteuren und Inhalten politische Bedeutung verweigert oder abgesprochen werden, so dass diese depolitisiert und aus dem politischen Kommunikationsraum ausgegrenzt werden, vgl. Steinmetz, Neue Wege.

Politischen zeigt sich in der Stigmatisierung und – nicht selten gewaltsamen – Ausgrenzung einzelner gesellschaftlicher Gruppen (›ethnischer‹ oder ›nationaler Minderheiten‹) aus der politischen Gemeinschaft eines Nationalstaates, in der durch Quoten gesicherten Teilhabe ethnisch definierter Gruppen an den politischen Institutionen eines Landes oder der ethnisch begründeten Etablierung neuer politischer Gemeinwesen in Form eines Staates oder autonomer Gebiete innerhalb eines Staates.²

Die eingangs dargelegten Fallbeispiele verweisen zudem auf eine der Ethnisierung des Politischen innewohnende Paradoxie, denn sie machen deutlich, dass sich Ethnisierungsprozesse gleichermaßen in das Gewand der demokratischen Aushandlung wie des Genozids hüllen können. Zwischen diesen beiden Extremen lassen sich vielfältige Abstufungen, Mischformen und Übergänge feststellen, wie die politischen Entwicklungen im südasiatischen Nepal oder im zentralafrikanischen Ruanda seit den frühen 1990er Jahren zeigen. Die zwischen ›Leitkultur‹ und ›Multikulti‹ schwankenden jüngeren deutschen Debatten zur Integration von ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ zeigen wiederum, dass auch in Ländern, die sich traditionell nicht als Vielvölkerstaat oder Einwanderungsland begreifen, die Frage nach dem Umgang mit ethnischer Identität und Differenz eines der zentralen Themen gegenwärtiger politischer Kommunikation geworden ist.

- 2 Das hier vertretene Konzept der ›Ethnisierung des Politischen‹ knüpft an verschiedene Vorarbeiten im Rahmen des mit Joanna Pfaff-Czarnecka, Wilfried Raussert und Sebastian Thies geleiteten Forschungsprojekts »Ethnisierung und De-Ethnisierung des Politischen« im Bielefelder SFB 584 an.

Die Verbindung von Ethnizität und Politik ist kein historisch neues Phänomen. Die Frage, *ob* und wenn ja *wie* ethnisch begründete Ansprüche gesellschaftliche Geltung haben sollen, gehört vielmehr zu den Grundfragen politischer Kommunikation und hat im Laufe der Geschichte verschiedene Konjunkturen erfahren. Eine herausragende Zäsur in dieser Geschichte der Verschränkung von Ethnischem und Politischem stellt die Geburt des modernen Nationalismus dar. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert kam es in weiten Teilen Europas im Rahmen der Nationalstaatsgründungen zur ›Erfindung des ethnischen Paradigmas‹, in dem ethnische Motive in nationales Denken und nationale Motive in ethnisches Denken überführt wurden.³

Für über ein Jahrhundert galt es zunächst in Europa und Amerika für selbstverständlich, dass die territoriale Einheit des Nationalstaats auf der Übereinstimmung ethnischer und politischer Grenzen beruhen sollte. Doch auch in anderen Teilen der Welt wurde die Verschränkung von Ethnischem und Politischem zum Leitbild der Schaffung, Gestaltung und Reform von Staaten. Im Rahmen der großen Dekolonisierungswelle der 1960er Jahre in Afrika lässt sich die letzte globale Hochkonjunktur dieser politischen Doktrin beobachten.⁴

Seit den 1960er Jahren wurde das Ideal einer ethnischen Homogenität der Nationalstaaten weltweit durch verschiedene soziale Bewegungen in Frage gestellt. Bis zu den 1990er Jahren wurden damit ›Minderheitenschutz‹, ›Multikulturalismus‹ und ›Pluriethnizität‹ zu den Leitvokabeln globaler politischer Debatten. Angesichts der vielerorts anhaltenden ›ethnischen Konflikte‹ mehrten sich allerdings in jüngerer

3 Kaschuba, Ethnologie, S. 139-143; Smith, Ethnic Origins.

4 Smith, State.